

Rede zum Kreishaushalt 2018 – SPD-Fraktion: Wolfgang Seidel

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Der diesjährige Haushalt ist von einer guten wirtschaftlichen Lage unseres Landes geprägt.

Was den Landkreis angeht kann man von Vollbeschäftigung sprechen. Diese Lage beschert uns zurzeit entsprechende Einnahmen. Das zeigt, dass wir gut aufgestellt sind. Die Kreisumlage ist zwar etwas rückläufig, was aber spezielle Gründe hat.

Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, der alleinige Blick auf die jetzige Lage ist unzureichend. Wir dürfen nicht vergessen, wie uns vor etwa 10 Jahren eine Finanz- und Wirtschaftskrise hart getroffen hat und wir dürfen nicht automatisch davon ausgehen, dass sich die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung für uns immer so positiv darstellt wie zurzeit.

Deshalb braucht es den Blick in die Zukunft, denn ein Haushalt ist immer nur so gut wie er krisenfest ist. Erfreulich ist die schrittweise Abtragung des Schuldenberges. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass immer noch große Herausforderungen vor uns stehen, die immer ein gewisses finanzpolitisches Risiko in sich tragen.

Prinzipiell sind wir Trotzdem auf einem guten Weg.

Was mich allerdings besorgt, ist die Entwicklung im Kommunalunternehmen **ANregiomed**.

Während der Landkreis im normalen Geschäftsbetrieb solide Zahlen vorweist, wurde der finanzielle Rahmen des Klinikverbunds in der Vergangenheit im operativen Geschäft bei weitem gesprengt. Der Verlustausgleich und auch die bevorstehenden Baumaßnahmen werden den Haushalt des Landkreises in den nächsten Jahren gehörig belasten. Das heißt im Umkehrschluss, dass manche notwendigen Maßnahmen aufgeschoben werden müssen, um nicht in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Mit Interesse habe ich jüngst dem Regionalteil der FLZ bzw. der NN entnommen, dass die Kreisklinik Roth schwarze Zahlen schreibt. Allerdings ist die Situation dort nicht mit unserer vergleichbar, denn in Roth ist nur ein Träger zuständig und nicht zwei, wie bei uns. Die SPD-Kreistagsfraktion hofft mit der Bestellung des neuen Vorstands, Dr. Sontheimer, auf eine Konsolidierung des Klinikverbunds.

Den „Berufs – Skeptikern sei gesagt, dass man den neuen Vorstand auch die Zeit und die Möglichkeiten einräumen muss, entsprechende Maßnahmen zur Konsolidierung durchzuführen. Dies wird sicher nicht „geräuschlos“ und nicht von heute auf morgen über die Bühne gehen. Wir fordern an dieser Stelle alle Beteiligten dazu auf, am Sanierungsprozess mitzuwirken und diesen positiv zu begleiten. Erfreulich für uns ist die Aussage von Dr. Sontheimer in der letzten Kreistagsitzung, hinter den vier Häusern zu stehen. Anders als es in der Presse zu lesen war. Wenn schon jemand aus der nichtöffentlichen Sitzung der Presse Informationen weitergibt, dann sollte er dies auch wahrheitsgemäß weitergeben.

Wir hoffen auf eine positive Entwicklung und werden die Maßnahmen zur Konsolidierung des Klinikverbunds aktiv begleiten.

Weist man auf negative Aspekte hin, dürfen aber auch die positiven Dinge nicht unerwähnt bleiben.

Waren die **Senioren- und Pflegeheime** des Landkreises in den letzten Jahren etwas Sorgenkinder kann man mittlerweile feststellen, dass intensiv daran gearbeitet wurde, das Defizit abzubauen und das ist gelungen. Darauf hinzuweisen ist, dass dies trotz tarifgerechter Bezahlung des Personals erreicht wurde und ohne die Pflegequalität zu schmälern.

Davon konnten wir uns vor kurzem bei einem Besuch Senioren- und Pflegeheime in Wassertrüdingen überzeugen.

Ein Punkt, der uns zurzeit alle bewegt, ist der **öffentliche Personennahverkehr**.

Mit der Verlängerung der S-Bahn von Ansbach bis Dombühl wurde eine wesentliche Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs im westlichen Teil des Landkreises erreicht. Wünschenswert wäre es natürlich gewesen, wenn auch die Gemeinde Schnelldorf angebunden worden wäre. Allerdings war dies bei der Beantragung nicht möglich, da die technischen Voraussetzungen in Schnelldorf nicht vorhanden waren und die Zugumlaufzeiten angeblich nicht passten. Doch die Praxis hat auf Grund einer technischen Störung gezeigt, dass die S-Bahn schon einmal bis Crailsheim weiterfahren musste und dies ohne große zeitliche Verzögerung. Zumal die S-Bahn ohnehin vor der Rückfahrt nach Ansbach im Normalfall ca. 30 Minuten Aufenthalt in Dombühl hat. Die SPD – Kreistagsfraktion hat deshalb, neben dem Fahrgastverband „Po Bahn“, - eigentlich zu dieser Kreistagsitzung – gefordert, die Verlängerung der S- Bahn bis Crailsheim zu beantragen. Ich hoffe, dass dieser Antrag von allen Fraktionen im Kreistag mitgetragen wird.

Zum Thema Bahnreaktivierung hoffen wir, dass bald alle Zahlen und Fakten auf dem Tisch liegen, um eine schnelle Entscheidung treffen zu können.

Wo viel Licht ist, ist auch Schatten.

So sind die Nutzer des ÖPNV im westlichen Landkreis auf Grund der Änderung der Busverbindungen bedingt durch die S-Bahn-Verlängerung nach Dombühl über die derzeitige Situation der Verbindungen auf den Strecken Dinkelsbühl-Schopfloch-Feuchtwangen-Weinberg-Aurach-Ansbach und Dinkelsbühl-Dombühl-Ansbach verärgert.

Die öffentliche Diskussion zeigt, dass hier dringend Informations- und Handlungsbedarf besteht. Wir befürchten, dass durch die Verschlechterung der Busverbindungen der ÖPNV Kunden verliert und der Individualverkehr wieder zunimmt. Wir haben deshalb beantragt, das Thema im nächsten ÖPNV – Ausschuss zu behandeln, was Sie, Herr Landrat, bereits zugesagt haben. Gleichwohl darf ich noch einmal an unsere Forderung erinnern, einen entsprechenden Zubringerverkehr zu den S-Bahn Haltestellen in Heilsbronn und Petersaurach gerade für Berufspendler zu

schaffen, um den Individualverkehr zu verringern und die Stadt Heilsbronn und die Gemeinde Petersaurach zu entlasten, die im ruhenden Verkehr ersticken. Hier hilft auch kein Pilotprojekt für ein Parkleitsystem, wenn keine Parkplätze mehr frei sind. Der öffentliche Personennahverkehr dient den Menschen in unserer Region und sollte deshalb bedarfsgerecht gestaltet werden. Bei allem Wohlwollen für den öffentlichen Personennahverkehr insgesamt, ist der Antrag der Freien Wähler auf einen Stundentakt im östlichen Landkreis dem Bereich Populismus zuzuordnen. Einfach etwas zu fordern, ohne vorher den tatsächlichen Bedarf geprüft zu haben ist kritisch zu betrachten. So gibt es beispielsweise eine bestehende Linie im östlichen Landkreis, die bezüglich des Fahrgastaufkommens einer Überprüfung bedarf.

Das Thema ÖPNV ist ein insgesamt ein wichtiges Thema für alle Kreisräte. So würden wir uns wünschen, dass die Protokolle des ÖPNV-Arbeitskreises allen Kreisräten zugänglich gemacht würden, damit sich jeder im Vorfeld einer Entscheidung mit der Materie beschäftigen kann.

Gerade der steigende Bedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln und auch die wieder steigende Einwohnerzahl im Landkreis zeigt, dass das **Wohnen auf dem Land** wieder attraktiv geworden ist. Viele Menschen sind aber auch gezwungen ihren Wohnsitz auf das Land zu verlagern, Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Mieten in den Ballungsräumen exorbitant gestiegen sind und noch weiter steigen. Mit verantwortlich ist hier natürlich auch die Veräußerung von staatlichen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die in der Vergangenheit Garant für soziale Mieten waren. Dieser Umstand hat aber auch dazu geführt, dass auch in unserer ländlichen Region inzwischen akuter Wohnungsmangel herrscht.

Aus diesem Grund hat die SPD – Fraktion auch den Antrag gestellt eine **Arbeitsgruppe „Sozialer Wohnraum“** zusammen mit Kommunen einzurichten, um Überlegungen anzustellen, wie der Wohnungsnot in unserem Landkreis begegnet werden kann. Landrat Dr. Ludwig hat bereits zugesichert dies im Arbeitskreis Demographie zu behandeln. Doch frage ich mich natürlich, ob wir einen Arbeitskreis brauchen, steht doch das Volksbegehren der Grünen bezüglich der starken Begrenzung des Flächenverbrauchs ins Haus.

Grundsätzlich sind wir auch dafür Flächen zu sparen, doch sollte das Volksbegehren in dieser Form erfolgreich sein, wird dem ländlichen Raum jegliche Entwicklungsmöglichkeit genommen und bedeutet das Ausbluten der ländlichen Bereiche. Es kann sich jeder ausrechnen, wohin die Flächen gehen – nämlich in die Ballungsräume, denn diese werden sich ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht wegnehmen lassen. Folge davon wird sein, dass der Wohnraum noch knapper wird und damit Mieten weiter steigen. Auf der anderen Seite, konnte ich dem Wahlprogramm der Grünen zur letzten Bundestagswahl entnehmen, streben die Grünen den Bau von 1 Millionen Wohnungen an und die Kommunen sollen entsprechend beim Bau von Sozialwohnungen gefördert werden. Ich frage mich nur auf welchen Grundstücken soll denn gebaut werden? Wahrscheinlich in Mecklenburg – Vorpommern, weil in Bayern der Verbrauch ja begrenzt werden soll.

Diese Gegensätzlichkeiten tragen schon schizophrene Züge oder man hat bei den bayerischen Grünen das Bundes - Programm nicht gelesen.

Und wenn man sich nun als Fürsprecher der Landwirtschaft aufspielt – oh Wunder -, sei nur daran erinnert, dass bei der Ausweisung von Gewerbeflächen zusätzlich 60 % dieser Flächengrößen als Ausgleichsflächen ausgewiesen müssen. Diese fehlen natürlich der Landwirtschaft. Nur so viel zu diesem Thema.

Lassen sich mich zum Thema **Straßenbau** kommen.

Grundsätzlich kann man feststellen, dass sich das zweijährige Deckenbauprogramm bewährt hat. Der Landkreis hat einen Investitionsstau im Straßenbau und es ist klar, dass sich bei begrenzten Mitteln noch einige Maßnahmen hinausziehen. Aus diesem Grund wäre zu prüfen, ob in manchen Fällen eine Sanierung von Straßen einem Vollausbau vorzuziehen wäre. Auch sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass der Landkreis Bauherr ist und nicht das staatliche Bauamt.

Dies sollte uns allen bewusst sein, um Maßnahmen auf das notwendige Maß zu beschränken. Eines sollte nicht in Vergessenheit geraten, wir müssen weiterhin auf den 6-spurigen Ausbau der A 6 drängen.

Ein Investitionsschwerpunkt sind, auch wenn in der Vergangenheit schon viel geleistet wurde, nach wie vor unsere **Schulen** und die dazugehörigen **Sportstätten**. Es ist zu begrüßen, dass auch in diesem und in den nächsten Jahren in diesem Bereich weiter investiert wird.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass diese Investitionen wichtig, richtig und zukunftsweisend sind. Ich darf an dieser Stelle aber auch noch einmal an die Behandlung des „**Schulpolitisches Gesamtkonzepts**“ im zuständigen Ausschuss erinnern. Es gibt in den Schulen teilweise Defizite bei der IT-Geschwindigkeit. Meines Erachtens ist die Verbesserung keine Aufgabe des Sachaufwandsträgers, sondern eine staatliche Aufgabe. Darauf sollte das Kultusministerium einmal hingewiesen werden.

Eines möchte ich an dieser Stelle auch noch anbringen, auch wenn es nicht den Landkreis betrifft. Unseres Erachtens werden bei der Auslagerung von Hochschulstandorten zu häufig Städte finanziell in die Pflicht genommen. In anderen Orten ist dies rein staatliche Angelegenheit.

Zum Abschluss darf ich noch eine kritische Äußerung anbringen.

Wir haben vor einiger Zeit beschlossen, die Biotonnen mit einem Chip auszustatten, Bei den Restmülltonnen war dies wegen der Gebührenrückerstattung sinnvoll. Allerdings erschließt sich mir nach wie vor nicht die Sinnhaftigkeit dafür 80 Tsd. Euro auszugeben.

Zum Schluss, darf ich mich bei Ihnen allen noch für die Städte und Gemeinden bedanken, dass die Erhöhung der Bezirksumlage keinen Niederschlag bei der Kreisumlage gefunden hat. Der Haushalt des Landkreises ist ausgewogen, beinhaltet alle wichtigen Maßnahmen. Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt zu und bedankt sich bei ihnen Herr Landrat Dr. Ludwig, bei Ihnen Frau Schmidt sowie der gesamten Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

-Es gilt das gesprochene Wort-